

Interpellation Fraktion SVP (Hans Ulrich Gränicher/Alexander Feuz): Krawalle bei der Reitschule

Am Sonntag 19. Mai 2019 konnte man in der Bernerzeitung online folgenden Sachverhalt lesen: In der Nacht auf Sonntag zündeten Randalierer bei der Berner Reitschule Strassenbarrikaden und Autos an. Zehn Polizisten wurden verletzt. Der Stadtpräsident hat «null Verständnis».

Stadtpräsident Alec von Graffenried hat «null Verständnis» für die Urheber der Barrikadenbrände bei der Schützenmatte in der Nacht auf Sonntag. Neu ist, dass sich auch die Betreiber der Reitschule sich von den Gewalttätern distanzieren.

Die Stellungnahme von Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) ist knapp: «Das war keine politische, sondern eine rein kriminelle Aktion. Daher gibt es von mir auch keine politische Wertung der nächtlichen Gewalteskalation. Dafür habe ich null Verständnis. Das ist ein Fall für die Justiz.»

Dazu, dass der kantonale Polizeidirektor Philippe Müller (FDP) laut einer Meldung des «Bund» gesagt hat, die Unterstützung der rot-grünen Stadtregierung für die Reitschule verhindere ein härteres Vorgehen gegen Randalierer, äusserte sich von Graffenried nicht:

«Ich rede lieber direkt mit Philippe Müller.»

Was von Graffenried indessen am Sonntag festgestellt hat: In der ganzen Stadtberner Linken habe er niemanden gehört, der auch nur das leiseste Zeichen von Verständnis für diese Ausschreitungen zeigte: Das, so von Graffenried, «ist eine neue Qualität».

Es war eine Nacht heftiger Zusammenstösse, und danach ein Sonntag heftiger Wortmeldungen, ein bernisches Ritual, an das man sich in den letzten Jahren gewöhnt hat: Laut Darstellung der Polizei begannen nach Mitternacht verummte Personen um die Schützenmatte herum Barrikaden zu errichten und diese anzuzünden, später wurden auch Autos in Brand gesetzt.

Als die Fahrzeuge in Flammen standen, rückte die Polizei vor – unter anderem, um die Brände zu löschen. Die Einsatzkräfte seien darauf «massiv» angegriffen worden, wie Polizeisprecher Dino Dal Farra auf Anfrage erklärte. «Sie wurden mit Steinen, Flaschen und Lasern und Feuerwerkskörpern attackiert», so Dal Farra.

Die Bilanz der nächtlichen Ausschreitungen: Acht Polizisten und zwei Polizistinnen wurden dabei verletzt. Einer der Ordnungshüter musste ins Spital gebracht werden. Eine Privatperson begab sich selbstständig in Spitalpflege.

Ein Löscheinsatz der Berufsfeuerwehr Bern bei den brennenden Fahrzeugen sowie Barrikaden wurde durch die Angriffe verhindert, schreibt die Polizei weiter. Die Einsatzkräfte setzten Tränengas und Gummischrot ein. Auch ein Wasserwerfer kam zum Einsatz.

Gegen vier Uhr morgens hatte sich die Situation etwas beruhigt, die Polizei war allerdings auch am Sonntagmorgen noch mit einem Grossaufgebot vor Ort. Die Lorrainebrücke, die Hodlerstrasse, der Raum Henkerbrännli/Neubrückstrasse und das Bollwerk waren noch bis kurz vor 8 Uhr für den Verkehr gesperrt.

Elf Personen angehalten

Drei Autos sowie zwei Velos sind durch das Feuer vollständig zerstört worden. Zudem wurden mehrere zerbrochene Autoscheiben und Fenster eines Zugs festgestellt. Weiter wurden Behälter mit Farbe gegen das Amtshaus geworfen sowie Scheiben eingeschlagen. Der Sachschaden dürfte sich gemäss ersten Schätzungen auf mehrere zehntausend Franken belaufen.

Elf Personen wurden durch die Polizei angehalten sowie zahlreiche Personen vor Ort kontrolliert. Die elf Angehaltenen sind zwischen 16 und 60 Jahre alt und wurden für weitere Abklärungen in Polizeiräumlichkeiten gebracht. Neun Schweizer sind dabei, ausserdem ein Senegalese und ein Srilanker. Von ihnen sind fünf polizeilich ausgeschrieben, die sechs anderen sind wieder auf freiem Fuss. Weitere Abklärungen sind im Gang.

Die kulturellen Nachtveranstaltungen in der Reitschule wurden jedoch nicht unterbrochen. Ebenso wenig liessen sich die spätnächtlichen Besucherinnen und Besucher der Ausgehzone um das Lokal Kapitel aus dem Konzept bringen, es soll Nachtschwärmer gegeben haben, die sich an den mottenden Feuern die Hände wärmten.

Am Sonntagnachmittag meldete sich die Mediengruppe der Reitschule in einem Communiqué zu Wort: Während der nächtlichen Randalie habe man sich in erster Linie um die Sicherheit der 1000 bis 2000 Besucherinnen und Besucher in und um die Reitschule gekümmert.

Kurz vor 2 Uhr nachts habe die Reitschule «Kontakt mit der Kantonspolizei gehabt, welche wir über die aktuelle Lage, den aufrechterhaltenen Betrieb und die gewährleistete Sicherheit unserer Gäste informierten», schreibt die Mediengruppe: «Das Gespräch endete mit der Feststellung des Polizisten, dass wir unser Bestes tun und die Polizei ihr Bestes tut.» Das Schreiben hält auch fest, dass «die Reitschule alle Gewalttätigkeiten von der Nacht auf Sonntag entschieden ablehnt».

Nause verurteilt «gezielten, geplanten Angriff»

Reto Nause (CVP), Sicherheitsdirektor der Stadt Bern, bewertet die Ausschreitungen als «gezielten, geplanten Angriff, an dem mehrere Dutzend Personen aus dem gewaltextremistischen Milieu beteiligt waren», wie er auf Anfrage ausführt: «Die Barrikaden auf den Strassen errichtet man nicht einfach spontan.»

Seiner Ansicht nach habe die Polizei «rasch und richtig gehandelt. Relativ schnell war ein Wasserwerfer auf Platz, und es gelang, eine Verlagerung der Auseinandersetzung Richtung Innenstadt zu verhindern».

Dass «gewaltextremistische Randalierer» immer brutaler vorgingen, indem sie etwa mit Laserpointern rücksichtslos auf Personen zielen, beobachte man seit Jahren, so Nause:

«Klar ist aber: Was in der letzten Nacht passierte, ist kriminell und unter keinem Titel zu rechtfertigen.» Er sei froh, «konnte die Polizei elf Personen anhalten. Ich hoffe, die juristische Bearbeitung führt nun dazu, dass die Verantwortlichen für die gewaltsamen Ausschreitungen aus dem Verkehr gezogen werden können.»

Auf die Frage, ob sich die Reitschule diesmal deeskalierend verhalten habe, sagte Nause:

«Mein Eindruck ist, dass sich die Reitschule in Geiselhaut dieser gewalttätigen Gruppe befindet. Offensichtlich haben die Betreiber der Reitschule im Verlauf des Abends gemerkt, dass sich etwas anbahnt, deshalb haben sie versucht, ihre Besucher über Twitter zu warnen.»

SVP fordert temporäre Schliessung

Dieses Argument nimmt nun auch die Stadtberner SVP auf. Ihr Fraktionschef Alexander Feuz kündigt unter dem Titel «Genug ist genug» einen politischen Vorstoss an, mit dem Ziel, eine temporäre Schliessung der Reitschule zu erwirken. Die SVP möchte auch bereits am kommenden Donnerstag an der nächsten Stadtratssitzung über die Ausschreitungen vor der Reitschule debattieren.

Fabrikool-Räumung als Auslöser

Auf den sozialen Medien äusserte sich am Sonntag auch eine «Bezugsgruppe Rhabarber», die den Schlagabtausch zwischen Polizei und Randalierern als Erfolg für Letztere darstellt: Es habe sich um eine «notwendige Antwort auf die jüngsten Repressionen im Raum Bern» gehandelt.

Die Behörden befänden sich in einem Zustand repressiver Aufrüstung: «Heute war unsere Wut so gross, dass sich die Polizei mehrmals zurückziehen musste. Dies sehen wir als Zeichen des Erfolgs und als eine aufkommende Motivation, sich weiterhin Staat und Polizei in den Weg zu stellen.»

Das Schreiben machte auch klar, dass die nächtliche Schlacht als Reaktion zu verstehen sei auf die Räumung der alten Wagenfabrik in der Länggasse, die das Kollektiv Fabrikool in den letzten zwei Jahren in Beschlag genommen hatte. Die «Kraft und Energie», die man in der Nacht auf Sonntag erfahren habe, «werden wir in unsere zukünftigen Kämpfe tragen».

Die Krawalle beeinträchtigten den öffentlichen Verkehr: Zahlreiche Haltestellen um den Bahnhof konnten am späten Samstagabend kurz vor Betriebsschluss und am Sonntagmorgen nicht bedient werden. Die Störungen hielten auch Stunden nach den Krawallen an.

Im Raum Bollwerk mussten ausserdem vor der Wiederinbetriebnahme der Trolleybusse die Fahrleitungen auf mögliche Feuer-Schäden überprüft werden, wie Bernmobil-Sprecherin Tanja Flühmann auf Anfrage erklärte.

Die Interpellanten können nicht verstehen, dass derartige Vorkommnisse in der Stadt Bern weiterhin möglich sind und bitten den Gemeinderat um Auskunft, mit welchen Konsequenzen diese kriminellen Randalierer und Chaoten zu rechnen haben und wie er verhindern will, dass in der Zukunft keine derartigen kriegsähnlichen Ereignisse mehr stattfinden.

Bern, 23. Mai 2019

Erstunterzeichnende: Hans Ulrich Gränicher, Alexander Feuz

Mitunterzeichnende: Roger Mischler, Henri-Charles Beuchat, Thomas Glauser, Erich Hess, Janosch Weyermann, Ueli Jaisli

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat verurteilt die in der Nacht auf den 19. Mai 2019 erfolgten Krawalle und die massiven Angriffe auf die Angehörigen der Kantonspolizei ohne Wenn und Aber. Er erinnert daran, dass es auf Seiten der Kantonspolizei zu mehreren verletzten Mitarbeitenden kam. Die Inkaufnahme solcher Verletzungen ist aus Sicht des Gemeinderats inakzeptabel: der Gemeinderat ist schockiert, mit welcher massiver Gewalt einzelne Täter gegen Menschen vorgegangen sind. Die Anstifter und Täter dieser sinnlosen Gewalt müssen die volle Härte der Justiz zu spüren bekommen. Mit welchen Konsequenzen die mutmasslichen Straftäter zu rechnen haben, hängt von den Delikten ab, welche diesen nachgewiesen werden können. Das Strafmass wird von der Justiz festgelegt. Da zurzeit noch Ermittlungen am Laufen sind und es sich um ein laufendes Strafverfahren handelt, kann die Kantonspolizei Bern darüber keine Auskunft geben. Der Gemeinderat hofft, dass die gerichtspolizeilichen Untersuchungen und Justizverfahren erfolgreich sind.

Die Interpellanten fragen, wie in Zukunft derartige Ereignisse verhindert werden können. Gegen solche Gewaltexzesse hat der Gemeinderat kein Patentrezept. Das Gewaltmonopol, um solche Gewalt zu verhindern oder zu bekämpfen, liegt einzig bei den polizeilichen Behörden. Der Gemeinderat versucht seinerseits auf seinen Kanälen, die Sicherheit im Umfeld der Reitschule zu verbessern. Dazu gehören die regelmässigen Gespräche mit den Betreiberinnen und Betreibern der Reitschule, die Belebung der Schützenmatte, die auch vom Gemeinderat unterstützte Forderung nach Bodycams und die Prüfung der Videoüberwachung, das Einwirken auf Reitschule und Regierungsstatthalteramt zugunsten eines tauglichen Sicherheitskonzepts und eines funktionierenden Sicherheitsdiensts etc.

Gegen gewaltextremistische Vorbereitungshandlungen bedürfte es einer Verschärfung des Bundesnachrichtendienstgesetzes, das nicht nur den Terror, sondern auch den Gewaltextremismus miterfasst.

Der Gemeinderat wird im Rahmen seiner Möglichkeiten weiterhin alles unternehmen, um die Sicherheit zu erhöhen und Gewalt zu verhindern.

Bern, 18. September 2019

Der Gemeinderat